



Haushaltsdebatte im Bundestag

Ampel fehlt jeglicher Kompass - Inkompetenz in der Energiekrise

Unionsfraktionschef Friedrich Merz zweifelt an der Kompetenz der Ampel-Koalition, Deutschland sicher durch die Krise zu steuern. Wie in der Ukraine-Politik fehle der Regierung in der Wirtschaftspolitik „jeglicher Kompass, jede Fähigkeit zum politisch-strategischen Denken“, sagte Merz in der Generalaussprache zum Haushalt 2023.

In der Energiekrise – eine Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine – laviere die Regierung herum und vergeude wertvolle Zeit, sagte Merz. Ihre Antwort auf Energiemangel und steigende Preise sei ein „Sammelsurium an Kompromissen auf Niveau des kleinsten gemeinsamen Nenners – weit entfernt von sachgerechten Antworten auf die gewaltigen Herausforderungen“, warf der Fraktionsvorsitzende der Ampel vor. „Sie reden nur über Hilfsprogramme, statt das Thema an der Wurzel zu packen.“

Merz bezog sich auf das Maßnahmenpaket im Umfang von 65 Milliarden Euro, das die Koalition zu Beginn der Haushaltswoche des Bundestags vorgelegt hatte. Natürlich müsse man helfen, betonte er mit Blick auf Privathaushalte und Unternehmen, die unter den horrenden Strompreisen leiden. Doch auf einen klassi-



Josef Rief bei seiner Rede zum Agrarhaushalt am Donnerstag

schen Angebotsschock reagiere man üblicherweise, indem man das vorhandene Angebot ausweite, beispielsweise die Deckelung der Biomasse-Verstromung aufhebe oder die drei noch laufenden Kernkraftwerke am Netz lasse.

Mit der Entscheidung von Wirtschaftsminister Robert Habeck, nur zwei der drei Kernkraftwerke bis April in Reserve zu halten, ist laut Merz ein „Niveau an Irrationalität erreicht, das kann man nicht mehr beschreiben“. Diese Kernkraftwerke seien die modernsten und sichersten auf der Welt und könnten zehn Milli-

Seite 2

Reinstetter Harmonika-Spielring in Berlin

Der Reinstetter Harmonika-Spielring hat Josef Rief in dieser Woche im Bundestag besucht. Die interessante Diskussion wurde durch einen Hammelsprung im Plenum unterbrochen, zu dem Rief eilen musste, bevor er die Besucher durch die Gebäude des Bundestages führte. Auf der Besuchertribüne konnten die Reinstetter danach die Haushaltsdebatte im Plenarsaal im Reichstagsgebäude verfolgen. Die Besichtigung von Reichstagskuppel und Dachterrasse war sicher ein Highlight des Besuchs im Parlament. ■



Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

onen Haushalte mit Strom versorgen, betonte der Fraktionschef. Wie ratlos Habeck in wirtschaftlichen Zusammenhängen sei, habe man im deutschen Fernsehen beobachten können.

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt warf Habeck vor, dass er die sich abzeichnende Insolvenzwellen unter mittelständischen Unternehmen ignoriere. Am Entlastungspaket vermisse er Hilfsmaßnahmen für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sowie für genau diese mittelständische Unternehmen, sagte Dobrindt.

„Sie riskieren Blackouts. Sie setzen die Bürger und Unternehmen einem echten Stresstest aus“, warnte Dobrindt. Seiner Einschätzung nach ist dem Wirtschaftsminister die grüne Anti-Atom-Basis wichtiger als die Versorgungssicherheit im Land.

Während die Bürgerinnen und Bürger sparen müssen, will die Bundesregierung das Steuergeld 2023 mit vollen Händen ausgeben. Ausgaben in Höhe von 445 Milliarden Euro stehen im Haushaltsentwurf der Ampel-Koalition. Wenn das mal reicht. Denn das dritte Entlastungspaket vom vergangenen Wochenende enthält jede Menge Maßnahmen, die viel Geld kosten sollen.

Die Haushaltsrisiken steigen und das Zurückkehren zur Schuldenbremse wird immer unwahrscheinlicher.

In den nächsten Wochen berät der Bundestag und der Haushaltsausschuss über den Regierungsentwurf für den Haushalt im Detail, nimmt Veränderungen vor und prüft ihn kritisch. Ende November wird der Haushalt für 2023 dann endgültig vom Bundestagsplenum beschlossen. ■

Agrarhaushalt: zu wenig, zu ungenau

In seiner Rede zum Einzelhaushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums kritisierte Josef Rief die zögerliche Haltung von Minister Özdemir, der es mit zu verantworten habe, dass die deutsche Landwirtschaft in diesem Jahr kein einziges Korn Weizen zusätzlich produziert habe, um den Welthunger zu mildern, der durch den Ausfall der Getreidelieferung aus der Ukraine verursacht wurde.

Gerade noch rechtzeitig vor der Aussaat sei Özdemir als einer der letzten Agrarminister in der EU der Forderung der Union nachgekommen, auf die geplante Flächenstilllegung von vier Prozent im kommenden Jahr zu verzichten. Diese bereits EU-weit vereinbarte Stilllegung hatte die Kommission aufgrund der Krise aufgehoben.

Es könne nicht sein, dass wir bei einer weltweiten Krise fruchtbares Ackerland brach liegen lassen und zugleich auch bei uns die Lebensmittelpreise kräftig steigen. Putin führe längst einen Krieg auf allen Ebenen, nicht nur militärisch in der Ukraine, sondern gegen unsere westliche, demokratisch-freiheitliche Welt durch unzuverlässige Energielieferungen, Blockade von Weizenexporten und Falschinformationen im Internet und den Sozialen Medien. Der Agrarhaushalt für das nächste Jahr lasse die notwendige Entschlossenheit vermissen, der Krise und der Situation in der Landwirtschaft gerecht zu werden. Das Budget steige zwar leicht an. Der Finanzplan sehe allerdings für die nächsten Jahre ein Absinken des Agrarhaushalts vor. Das passe nicht zu den ambitionierten Vorhaben, die der

Landwirtschaftsminister allerorten ankündige, so Rief. Weiterhin weigere sich die Bundesregierung, den Zuschuss zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung wieder auf den bisherigen Wert von 177 Mio. Euro anzuheben. Das bedeute für die Betriebe eine Beitragserhöhung von 18 Prozent. Wertschätzung für den Berufsstand sehe anders aus.

Für die Förderung von Tierwohlställen sehe der Regierungsentwurf 150 Mio. Euro vor. Allerdings sei dieses kein zusätzliches Geld, sondern werde aus Agrarstrukturmitteln genommen, die dann woanders fehlten. Es sei jetzt schon klar, dass die Summe nicht ausreichen werde. Ein moderner Schweinemastplatz koste heute mehr als 2000 Euro. Die Schweinehaltung in Deutschland sei allein im vergangenen Jahreszeitraum um ca. 10 % zurückgegangen. Das dürfe nicht so weitergehen. Zum angekündigten verpflichtenden Tierwohllabel fehle die Finanzierung völlig. Man müsse mindestens 4 Milliarden Euro jährlich investieren, um einen Unterschied zu machen. Es sei nicht vorstellbar, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher bei der aktuellen Preisentwicklung eine Abgabe zahlen. Die Finanzierung sei aber die entscheidende Frage. Es sei zu befürchten, dass die Bauern in Deutschland zu einem Label verpflichtet würden und im Supermarkt aber billiges Importfleisch der Renner werde.

Insgesamt habe der Haushalt viele Baustellen. Man werde als Union in den Haushaltsberatungen bessere Vorschläge machen, die den Herausforderungen für Bauern und den ländlichen Raum gerecht würden, so Rief weiter. ■